

Robert Lafont (Montpelhièr / Firenze)

**Europa, Okzitanien und Katalonien:  
Vom Ende der Zentralstaatsideologie  
im wirtschaftlich vereinten Europa<sup>1</sup>**

Man soll sich nie durch Worte täuschen lassen, auch wenn sie juristische Begriffe sind. Sicher handelt die *Einheitliche Europäische Akte*, die 1992 wirksam werden wird, vom einheitlichen Europa. Aber das Adjektiv ist nichts weiter als eine übriggebliebene Spur früherer politischer Zielsetzungen in einem Text, der nur noch ein wirtschaftliches Interesse verfolgt. Es ist nostalgische Erinnerung an jenes Jahr 1954, als wir dachten, eine wirkliche Einigung sei möglich, mit einem gemeinsamen Parlament und einer europäischen Bundesregierung. Die europäische Hoffnung wurde damals vom französischen Parlament zerstört. Später vertrieb de Gaulle sie auch noch aus der Praxis der Staaten.

Als im Juni 1985 der Italiener Bettino Craxi, turnusmäßiger Präsident des Europarats, seine Kollegen über ein neues Projekt zur Vereinigung Europas abstimmen ließ, hätte man denken können, endlich sei wieder ein Schritt in dieser Richtung möglich geworden. Und in der Tat einigte man sich auf die *Einheitliche Europäische Akte*, die von den Vertretern der Regierungen mit viel Rhetorik gefeiert wurde, die aber unter die beiden Römischen Verträge mit einer rein ökonomischen Vereinbarung einen Schlußstrich setzte.

<sup>1</sup> Dieser Text ist eine leicht gekürzte und überarbeitete Fassung des Vortrags, den der Intellektuelle, Linguist und Historiker Robert Lafont, Professor an der Universität Montpelhièr, der zugleich wohl der bedeutendste okzitanische Schriftsteller und Romancier der Gegenwart ist, auf Einladung des Präsidenten der *Associació Internacional de Llengua i Literatura Catalanes* zur Eröffnung des 8<sup>en</sup> *Col·loqui Internacional de Llengua i Literatura Catalanes* in Tolosa de Lengadoc am 13. September 1988 hielt. (Aus dem Katalanischen übersetzt von T. Stegmann.)

Man kann sagen, daß die Europäische Akte einfach wie eine reife Frucht in dem historischen Moment vom Baume fällt, in dem die Ausweitung des kapitalistischen Marktes sie braucht. Sie ist nicht von den europäischen Völkern gewollt. Und auch die Staaten haben sie nur deswegen akzeptiert, weil sie nicht anders konnten. Schon seit den 70er Jahren waren die Binnenmärkte, für die diese Staaten den Rahmen abgaben, im Grunde international bestimmt und abhängig. Die national- und zentralstaatliche Rhetorik bemühte sich lediglich, dies zu verdecken. Aber die Verpackung ist nicht die Ware.

Man soll auch nie Versprechungen ungeprüft Glauben schenken. Sicher betrifft ein wichtiger Teil der Europäischen Akte die Regionen Europas und so könnte sie ein Weg sein, damit diese Regionen und die kleinen Nationen oder die Nationen ohne Staat oder die Minderheiten sich selbständig verwirklichen können. Aber der Weg ist durch seine ökonomische Richtung bereits konditioniert. Und die Europäische Kommission und das Parlament können nur Vorschläge machen und Meinungen äußern; wer entscheidet, ist der Europarat, in dem die Minister der einzelnen Staaten sitzen; sie tun weiterhin, was sie wollen, wie seit Anbeginn. Zwar hat die Europäische Kommission in ihrem Dokument von 1987 gewagt, ihre Arbeit als *komplementär* zur Arbeit der Staaten zu bezeichnen und ein partnerschaftliches Vorgehen vorzuschlagen, aber es bleibt abzuwarten, welcher Erfolg diesen Vorschlägen beschieden sein wird.

Wir wahlmündigen europäischen Bürger sollten uns unser Gewissen nicht beschneiden lassen und nicht auf die Art von Analyse verzichten, die die staatlichen Regierungen nicht leisten und nicht leisten können, weil sie in den Grenzen ihrer Zuständigkeitsbereiche gefangen sind. Wir können sehr viel weiter und klarer als sie die Phänomene der gesellschaftlichen Entwicklungen beobachten. Wir können die Karte Europas mit schärferen Augen betrachten als sie, die sich nur als Staatsgrenzenbewacher verwirklichen.

Hier, wo wir uns heute befinden, in Tolosa<sup>2</sup> und zum gegenwärtigen Zeitpunkt, lade ich Sie für einen Moment zu einer doppelten Aktivierung Ihrer freien und verantwortlichen Einsichtsfähigkeit in Form der Langzeitanalyse und der Zusammenschau weiter Räume ein. Diese

<sup>2</sup> Die großen okzitanischen Städte und Landschaften, deren in Europa bekanntere französische Namensform unschwer abzuleiten ist, werden in diesem Text in ihrer autochthonen okzitanischen Form genannt.

Einsicht ist unseren staatsbediensteten Politikern verwehrt, weil sie von Tagespolitik getrieben den Mythos des ewig unantastbaren Staates verwalten und weil sie in der automatischen Fixierung auf Gebietsgrenzen den Raum nicht wahrnehmen können. Versuchen wir also unsererseits, uns auf den Weg zwischen der Kurzsichtigkeit und dem Ewigen zu begeben und die Grenzziehungen zu relativieren.

Was sich mir unter dieser Sicht als erster Punkt aufdrängt, ist das, was uns hier zusammengeführt hat, nämlich das etwas romantische Thema (so scheint es aber nur) der *okzitanisch-katalanischen Beziehungen*. Das ist in der Tat Langzeitgeschichte, aber eine etwas weniger schwindelerregende, als die vielbeschworene Ewigkeit Frankreichs und Spaniens, die unsere Beschwörer von Beruf niemals kritisch hinterfragen.

Die sieben Jahrhunderte, seit wir Okzitanen von den Katalanen getrennt sind, kann man als einen einzigen Prozeß der «Extrapolation», d. h. der exzentrischen Ausbreitung unserer nördlichen Nachbarn, also Frankreichs, auf unser Territorium hin, analysieren. Man braucht sich nur irgendeine Karte des heutigen Frankreich anzusehen, sei es eine Eisenbahnkarte oder eine Karte der Fluglinien: das Machtzentrum ist seit dem 13. Jahrhundert und seit dem Albigenserkrieg ein nicht mehr im Zentrum gelegener Ort. Paris ist eindeutig eine mitteleuropäische Hauptstadt, Brüssel, London, Amsterdam und Frankfurt benachbart, aber sehr weit entfernt von Tolosa, Avignon, Marseilha, ganz zu schweigen von Niça oder Perpinyà.

Der französische Zentralismus, so sehr er auch heute noch aus dem Rahmen fällt, hat natürlich seine Gründe im Werdegang der monarchischen und später pseudodemokratischen Macht (ich beziehe mich auf das autoritäre Modell bonapartistischer Provenienz). Aber wem könnte entgehen, daß hier ein paradoxer Staat entstanden ist, der zu einer geographisch sehr gut strukturierten mitteleuropäischen Region, deren Hauptstadt genau in ihrer Mitte lag, einen weit entfernten und unterworfenen Süden hinzugefügt hat? Die Unterwerfung dieses Südens hat die Armeen des Königs von Paris und das Heer seiner Beamten lange Jahrhunderte hindurch beschäftigt.

Wenn man bedenkt, daß die Einverleibung von Niça erst im 19. Jahrhundert geschah, muß man feststellen, daß sechs von den sieben Jahrhunderten französischer Präsenz im okzitanischen Raum von Eroberung, Besetzung und Unterdrückung gezeichnet waren und

natürlich auch von Ergebnisadressen an die Krone oder an die Nation, eine Folge der komplexen Logik der Extrapolation.

Ich möchte hier zwei wichtige Bemerkungen einfügen, die die Struktur dieser Logik entscheidend spezifizieren. Der okzitanische Raum war für die in Paris etablierte Macht niemals ein Ziel an sich, er war immer nur eine Etappe. Von Philipp dem Schönen bis zu Napoleon war der Besitz des Lengadoc und Aquitaniens für Frankreich immer die Voraussetzung für die Möglichkeit, in Spanien einzugreifen. Auch die Eroberung der Provença durch das Haus Anjou während des Albigenserkriegs war kein Abschluß: es war der erste Akt der französischen Intervention in Italien, wo sie schließlich, in Sizilien, auf die katalanisch-aragonische Intervention traf. Doch dadurch lies sich Frankreich nicht aufhalten. Die italienischen Kriege sind von Ludwig XII. bis Napoleon eine Konstante des französischen Expansionsdrangs. Bis zum 19. Jahrhundert besitzt Frankreich den mediterranen Bogen Okzitanien von Narbona bis Niça nicht um seiner selbst willen, sondern als Ausgangspunkt für seine Hegemonie im Mittelmeer.

Es besitzt ihn auch als Ausgangspunkt für seine koloniale Expansion. Ohne Marselha hätte man niemals an der algerischen Küste landen können. Ohne den Albigenserkrieg wäre es nicht Jahrhunderte später zur Unternehmung Suez, d. h. zum Kanalbau und später zum Luftlandeunternehmen in der Suezkrise von 1956 gekommen. Es hätte keine Eroberung und auch keine unsinnige Wiedereroberung Indochinas gegeben. Und wenn wir von der mittelmeeerischen Seite sprechen, dann müssen wir auch von dem atlantischen Hafen sprechen, von Bordeaux, ebenfalls okzitanisch, der auf das kantabrische Meer, auf Großbritannien, auf Amerika gerichtet ist. Frankreich benutzte den okzitanischen Raum seit dem 13. Jahrhundert für seine Expansion nach Afrika und Asien und seit dem 16. und 17. Jahrhundert für seine Expansion nach Mexiko und Florida.

Wenn wir auf lange Sicht die Verkettung von Anlässen und Konsequenzen im Schicksal der Staaten betrachten, dann gibt es kein «Regionalproblem» Okzitanien: wir stehen im Zentrum von Grundproblemen der internationalen Beziehungen. Und ebenso steht hier Katalonien, das von Kastilien und Spanien in anderer Weise ebenfalls als Zugangsgebiet zum Mittelmeer und zur Macht ausgenutzt wurde. Das internationale Problem, das wir zur Zeit definieren müssen, ist die zukünftige Funktion des Mittelmeerraums.

Seit dem 16. Jahrhundert war das *Mare nostrum*, an dem sich drei Kontinente treffen, allmählich zu einem Binnensee geworden. Der letzte große Widerstand, der dieser Degradierung entgegengesetzt wird, ist der Aufstand der Katalanischen Länder Anfang des 18. Jahrhunderts im Erbfolgekrieg, der eine Art Echo auf den okzitanischen Aufstand der *Camisards* ist - eine geopolitisch ganz einleuchtende Parallele. Nun werden, unter der doppelten bourbonischen Tyrannei (der spanischen und der französischen), die Dekrete von *Nueva Planta* erlassen und die letzten okzitanischen Volksaufstände finden ein Ende. Die Extrapolation hatte gesiegt. Und bis vor kurzem mußten wir annehmen, sie hätte endgültig gesiegt.

Ich schlage Ihnen vor, die neueste geschichtliche Entwicklung von hinten, daß heißt von heute her zu betrachten, da wir offenbar jetzt gerade wieder an einem Wendepunkt stehen, wie im 18. Jahrhundert.

Umreißen wir zunächst den Hintergrund: es sind jetzt 43 Jahre, daß wir Europäer im Frieden leben. Ich meine die Gesamtheit der Europäer; ich spreche nicht von einem einzelnen Staat und ich spreche auch nicht von zwei lokalen Kriegen, die zwei Staaten immer noch als Bürde tragen, in Ulster und in Euskadi. Sicher, wir sind von kriegerischen Konflikten umgeben gewesen, Frankreich hat 17 Jahre die internationale Aufmerksamkeit mit seiner mißlungenen kolonialen Wiedereroberungspolitik auf sich gezogen und Portugal kaum weniger. Und sicher haben wir auch die Angst vor dem totalen Konflikt kennenlernt, weil wir zwischen den Mächten des Westens und der Mauer des Ostens gefangen saßen. Aber wir haben doch eindeutig in Frieden gelebt.

Ich will sagen, daß wir, selbst wenn wir uns noch als Bürger eines bestimmten Staates ansehen, so wie das in der vorherigen Epoche der Fall war, in einer völlig neuen Situation leben, auch ohne daß es ein wirkliches Abkommen zur europäischen Einigung gegeben hat. Wir haben noch keine wirkliche überstaatliche «Bürgerschaft», aber die Staaten haben ein entscheidendes Machtmittel verloren: sie können nicht mehr Europäer gegen Europäer in den Krieg schicken. Jedenfalls dürfte es niemanden geben, der heutzutage eine solche Möglichkeit in Erwägung zöge. Auf die osteuropäischen Staaten wird sich diese neue Norm und Normalität bald ausdehnen.

All dieses beinhaltet zwei wesentliche Dinge, an die wir uns mit unserer Mentalität noch nicht gewöhnt haben: *erstens* können die

innereuropäischen Kriege den Staaten nicht mehr als Ablenkmanöver zur Überdeckung der internen sozialen, ökonomischen und ethnischen Probleme dienen. Der letzte Weltkrieg hat uns eine schreckliche Lehre erteilt. 1945 war nicht nur ein Ende, es war auch ein Anfang: es begann die Zeit der Unmöglichkeit eines europäischen Krieges. Jetzt wissen wir es. Es waren Kriege, die wir jetzt mit Fug und Recht als Bürgerkriege bezeichnen können, sei es der hundertjährige, der dreißigjährige, der siebenjährige, der vierjährige oder der sechsjährige Krieg. Wir Europäer sind immer wieder dazu angestachelt worden, unsere Miteuropäer mit Schwert und Feuer umzubringen. Für uns Angehörige einer neuen Epoche, die bald ihr erstes halbes Jahrhundert dauert, muß jetzt die dringlichste Aufgabe sein, den Nebelvorhang zu beseitigen, den die Vertreter der Staatsraison immer wieder aufspannen. Wir schulden uns die Analyse jedes Konflikts aus einer allgemeinen Sicht heraus und nicht aus einer nationalistisch begrenzten. Alle zusammen sollten sich die Historiker Europas daran machen, die Geschichte der Völker unseres Kontinents neu zu schreiben. Ich betone: alle zusammen und unter gegenseitiger Kritik, denn ich fürchte, daß z. B. ein französischer Historiker alleine ein recht trikolors Europa entwerfen würde. Und ein Spanier würde zwar andere Tinten verwenden, aber das Endergebnis würde wohl ähnlich einseitig ausfallen.

Die zweite Konsequenz des Friedens ist, daß sich die Staatsapparate - und zwar alle - als fatales Erbe einer überwundenen Zeit entlarven. Sie sind unter dem Gesetz des diplomatischen, ökonomischen und militärischen Wettbewerbs aufgebaut worden, unter Prinzipien wie äußere und innere Verteidigung und unter Hegemoniebestrebungen, die mit dem Begriff der Unabhängigkeit kaschiert wurden. Das sind alles von Natur aus totalitäre und aggressive Staatsapparate.

Lange Zeit war es nur die an anarchistische Tradition angelehnte Geschichtsphilosophie, die die Staaten als kalte Monster zu kritisieren wagte. Heute ist die Zeit gekommen, wo es sich hierbei einfach um einen Akt sachlicher Analyse handelt. Die Dinge so zu sehen ist nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs für jedermann möglich geworden, sogar für die Mitglieder des Staatsapparats, für Abgeordnete, Minister, Beamte. Sie konnten alle erkennen, daß die europäischen Staaten, die nach der großen Kriegskatastrophe wiedergeboren wurden (sowohl die «Sieger» wie die «Besiegten»), eine ziemlich illusorische Unabhängigkeit innerhalb des Teils der Welt hatten, in den sie durch Yalta und Potsdam eingeteilt waren. Die westlichen Staaten taten alles, um sich

über diese Tatsache hinwegzutäuschen. Die östlichen Staaten verloren sehr bald selbst den Anschein der Freiheit.

Im Westen gewannen allerdings nach Jahren zwei Staaten ihre diplomatische, strategische und ideologische Unabhängigkeit zu einem guten Teil wieder: Großbritannien, das mit den USA eine Allianz hatte, die nicht ganz so ungleich war, wie die der anderen Staaten, weil es von Deutschland nicht besiegt und besetzt worden war; Frankreich, weil es sein koloniales Imperium auf dem Markt nationaler Größe in die Waagschale warf. De Gaulle brach dann sogar mit den Amerikanern, im Namen der «Grandeur de la Nation». De Gaulle brach auch mit Europa. Erst nach seinem Fall konnte man Europa wieder etwas auf den Weg bringen, allerdings unter den neuen Beschränkungen, die er eingeführt hatte, wie z. B. der Forderung strikter Einstimmigkeit bei den Ministerratsbeschlüssen. Europa war festgefahren und Pompidou konnte es nur mit dem Vorschlag eines Gipfels der Staatsschefs in Gang bringen, was im Grunde ein letzter Schlag gegen die Organe der Gemeinschaft war.

Die 43 Jahre Frieden, die wir erlebt haben, sind also der historische Rahmen, in dem die Staaten, die als territorial begrenzte Gebiete durch die Entwicklung der Welt und Europas obsolet geworden sind, um ihr Überleben kämpfen. Die Schlacht ist nicht zu Ende. Die Europäische Akte ist die Frucht der Verhandlungen zwischen dem staatlichen Grenzrahmen wirtschaftlicher Verwaltung und der internationalen Wirklichkeit wirtschaftlicher Entscheidungen; es spricht aus ihr immer noch der Versuch, die Staatsgrenzen festzuschreiben, an die sich die Staaten klammern.

Als de Gaulle an die Macht kam, öffnete er Frankreich einer wahren Invasion durch den internationalen Kapitalismus. In wenigen Jahren war die Unabhängigkeit der französischen Gesellschaft praktisch dahingeschmolzen; das war die «neue Gesellschaft». Aber was de Gaulle auf keinen Fall zulassen konnte, war die Aufweichung der formalen Grenzen dieser Gesellschaft. Die nichtinstitutionelle Invasion verbot er nicht; dafür mußte er aber jeden noch so kleinen institutionellen Verlust französischer Integrität scharf ablehnen.

Das gleiche geschieht wenig vorher, 1953, im spanischen Staat. Der Kompromiß zwischen den USA, dem Vatikan und dem Franquismus, vom Opus Dei ausgehandelt, fördert die kapitalistische Invasion. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Unabhängigkeit fällt. Aber die

Grenzen der franquistischen Macht ändern sich nicht: eine neue Verfassung rührt das Prinzip des Staates nicht an.

Der dramatischste Punkt des Widerspruchs zwischen der ins Staatskorsett eingezwängten institutionellen Ideologie und der grenzüberschreitenden ökonomischen Realität kommt, wie uns die Erfahrung gezeigt hat, bei den regionalen Kompetenzen zum Ausdruck. Der traditionelle Typ von Staat kann nicht zulassen, daß ihm der Zugriff auf die Wirtschaft seiner Regionen entgleitet; er kann keinen direkten Dialog zwischen den Regionen und Europa zulassen. Seit zwanzig Jahren versucht die Kommission, diesen Riegel aufzubrechen. Auch die Europäische Akte hat es nicht geschafft. Was wir vor zwanzig Jahren inneren Kolonialismus nannten, hat damals die okzitanische Gesellschaft in ihren Ruin geführt.

Meines Erachtens müssen drei neue Tatsachen in Rechnung gestellt werden:

*Erstens:* die Möglichkeiten auswärtiger Eingriffe in den staatlichen Rahmen haben sich stark geändert. Seit dem Erdölschock weiß jeder, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Entscheidungen in ganz Europa im Weltmaßstab getroffen werden. Die riesigen kapitalistischen Konzerne, die den Wohlstand der großen Räume und damit das Leben der Bevölkerung kontrollieren, können das tun, weil sie transkontinental operieren. Das heißt, daß der abschließende Aufbau des Gemeinsamen Marktes im Sinne der Europäischen Akte in keiner Weise die Abgrenzung eines Raumes in der Art bedeutet, wie es die sogenannten nationalen Märkte im 19. Jahrhundert zu sein versuchten, die sich als geschlossen und autark verstanden.

Die Wirkungen dieser Ausweitung sieht man oberhalb und unterhalb der Ebene der Staaten; *oberhalb*, weil sich heute kein Staat mehr vor äußeren Einflüssen durch Opferung seiner eigenen Peripherien schützen kann. Die früheren Mittel zur Regionalplanung greifen in Frankreich seit etwa 1980 nicht mehr. Die Industriegebiete des Nordens und Lothringens, für die die okzitanische Industrie in den 60er Jahren geopfert wurde, gehen durch eine schlimmere Krise, als die südlichen. Das gesamte französische Staatsgebiet befindet sich in der Krise und die Abwanderung seiner Wirtschaftskraft sowie seine steigende Abhängigkeit ist mit der Kapitalflucht vergleichbar, die die industrielle Bourgeoisie des Lengadoc und der Provença früher einmal dort

ausgelöst hatte. Doch dieses Mal gibt es keine höhere staatliche Instanz, denn Europa wird diese Instanz nicht sein.

*Unterhalb* der Staaten entsteht heute die Möglichkeit der direkten finanziellen und technologischen Investitionen von außen. Es gibt keine Grenzen mehr, die die Strategien des unter einem anglo-amerikanischen oder japanischen Namen konzentrierten Kapitals aufhalten könnte. Das sind Änderungen von einer Tragweite, die man vor zehn Jahren noch nicht ahnen konnte. In einigen Armutszonen tauchen jetzt völlig neue Entwicklungspole auf, wenn das auswärtige Geld es will. Das ist z. B. sogar in Tolosa der Fall, mitten in einer Region, die vorher durch die hexagonale Festlegung wirtschaftlicher Aktivitäten dem Zusammenbruch ausgeliefert worden war. Aber in Tolosa hat sich zusätzlich auch der Staat neu engagiert: in der Luftfahrttechnologie. In Montpelhièr ist die Sache noch deutlicher; hier rührt der technologische und wirtschaftliche Aufschwung von der Verbindung der Universität mit dem internationalen Investitionskapital her.

Katalonien stellt heute den Grenzfall dieser Umgehung des Staates dar. Seine moderne Wirtschaft wurde im Rahmen einer Selbstbefreiung aufgebaut, d. h. durch die Konzentration und Modernisierung der eigenen Möglichkeiten und durch die Hilfen von außerhalb, z. B. zuletzt durch die Etablierung der japanischen Kondo-Gruppe. Katalonien hat seine autonome Eingliederung in den Weltmarkt auf der Basis der Öffnung Spaniens ab 1953 erreicht und erringt immer mehr vom spanischen Staat abgelösten Handlungsspielraum. 1992 wird mit den Olympischen Spielen, der Beendigung der Technologiestadt des Vallès und vielleicht dem Beginn des Wirtschaftsdreiecks Barcelona-Tolosa-Montpelhièr das Katalanische Jahr schlechthin sein.

*Zweitens* werden heute die Lebensräume der Völker anders wahrgenommen. Überall in Europa organisiert man sich in transstaatlichen Beziehungen. Schon in den 50er und 60er Jahren hatten die überstaatlichen industriellen Erfordernisse eine Art «Lotharingen», eine Macht im Zentrum Europas entstehen lassen, die Paris marginalisierte und dies war eine der größten Sorgen de Gaulles. Es hat sich nicht viel geändert. Ganz Frankreich investiert in Paris, um die Eurorunde von 1992 zu bestehen. Natürlich tut das auch Katalonien in Barcelona.

Innerhalb dieser allgemeinen Tendenzen spielt die Dreiecksbeziehung Barcelona-Tolosa-Montpelhièr eine herausragende Rolle; in zwei Hinsichten und mit zwei Bedeutungen. In direkter Hinsicht zeigt sich, daß die Logik der Nähe und der strukturellen Verbundenheit des

Raumes nördlich und südlich der Pyrenäen von jetzt an stärker wiegt, als die artifizielle Logik der französisch-spanischen Grenze, die uns jahrhundertlang dabei behindert hat, die Landkarte zu lesen. Jetzt setzen sich die natürlichen Gegebenheiten durch. In weiterer Hinsicht zeigt sich, daß das Mittelmeergebiet aus seinem langen Dornröschenschlaf erwacht, sowohl auf Grund der Entkolonisierung wie auch auf Grund des technologischen Umschwungs.

Die Hegemonie des Nordens fußte auf der Macht der kolonisierenden Staaten und der Macht von Kohle und Stahl. Jetzt gibt es keine hegemonischen Orte mehr, sondern solche, die die Organisation der Großräume in den Händen halten. Und das sind diejenigen, die eine größere Konzentration von kreativen Initiativen auf dem Gebiet der Informatik, der Kommunikation, der Spitzenchemie, der Ökologie usw. vorweisen können; die Orte, an denen sich die mutigsten Modelle von gesellschaftlicher Zukunft konzentrieren und an denen die breiteste Basis für die Erörterung solcher Modelle besteht; anders gesagt: wo die ausgeprägteste und modernste Auffassung von Autonomie und damit von unabhängigem Denken herrscht.

*Drittens* sind wir damit bei dem Element, das die beiden anderen verbindet: die autonome (regional selbstbestimmte) Intelligenz. Hier findet der Intellektuelle, der Schriftsteller, der Okzitanist seine Rechtfertigung, zu Ihnen zu sprechen. Wir befinden uns bereits in der Epoche der Programme, der Entwürfe, der Idee.

Diese neue Macht ist nicht so schwerfällig und arthritisch wie die Macht, die die Staaten ausübten und immer noch ausüben und die das Erbe eines tausendjährigen, völkermordenden, unterdrückenden und chauvinistischen Europa ist. Die offene, agile, moderne Macht nimmt ihre Kraft aus dem Bewußtsein der Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, nicht mehr von Grenzen eingeschränkt, sondern bis an die Horizonte blickend.

Wir Katalanen und Okzitanen müssen uns diese neuen Fähigkeiten zu eigen machen. Wir haben lange in unserem eigenen historischen Gewicht und unserer Identität verwurzelt gelebt. Die Katalanen konnten sich so als eigenes Volk retten. Die Okzitanen, deren Bewußtsein vom zentralistischsten Staat der Welt mit Beschlag belegt war, ließen zwei günstige Momente verstreichen: die 70er Jahre des 19. Jahrhunderts und die 70er Jahre unseres Jahrhunderts, als eine breite Bevölkerung Okzitanien ihre Lage klar erkannte.

Wir beiden Brüdervölker stehen heute sehr ungleich da. Aber unser gemeinsamer Lebensraum wird eine fundamentale Rolle bei der Neustrukturierung des Mittelmeerraums zwischen Nordeuropa, Afrika und Asien, beim Nord-Süd-Dialog also, spielen. Es handelt sich um ein Phänomen von der Reichweite der Verlagerung der wirtschaftlichen und kulturellen Initiativkraft, die vor zehn Jahren in den USA vonstatten ging: die Verlagerung von Neuengland nach Kalifornien. Wer bei der europäischen Verlagerung an der Spitze steht, wird das 21. Jahrhundert, oder wenigstens seine erste Hälfte, bestimmen. Die zentralkatalanischen Politiker und Intellektuellen wissen das sehr gut. Viel weniger klar ist es schon den Verantwortlichen des Landes València und der Balearen. Und überhaupt nicht bewußt ist es den leitenden Beamten und Politikern der Regionen zwischen Bordeaux und Niça. Hier hat noch kein Präsident einer Region erkannt, daß seine Stelle mehr Gewicht für die Zukunft hat als ein vorübergehendes Ministeramt in Paris.

Die provinzielle Entfremdung zum Zentralismus hin bestimmt hier noch alles - und zwar trotz der «Krise der Nation», die nun schon seit der Nachkriegszeit andauert und mit de Gaulle ihren Höhepunkt erreichte. Frankreich hat aus dieser Unsicherheit noch nicht herausgefunden und benutzt immer noch eine archaische offizielle Rhetorik, die von pathologischen Präntionen auf die kulturelle Hegemonie gespeist wird. Eine wirkliche Demokratie ist dem Zentralismus immer noch nicht möglich.

So wie es jetzt steht, kommt es darauf an, einen klaren Kopf zu bewahren und die Hoffnung in die rationalen Perspektiven zu setzen, die uns die Rolle zuweist, Menschen einer anderen Etappe, eines anderen Projekts, einer anderen Demokratie zu werden.

Der okzitanisch-katalanische Raum ist heute der Rahmen einer Idee von freierer Zukunft. Die katalanische und die okzitanische Kultur dienen nicht zur Zelebrierung und zur Konservierung von Identitäten, sondern sie können Wegbereiter einer schöpferischen Neuerung sein.